

Eübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Bestellung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengespaltene Poststelle oder deren Raum 70 Hg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Hg., auswärtige Anzeigen 70 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253.

Mittwoch, den 29. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Das französische Übergangsregime in Elsaß-Lothringen.

Als die Franzosen infolge des deutschen Zusammenbruchs Elsaß-Lothringen besetzten, hofften sie, das Land ohne Schwierigkeiten in die drei alten Departements Bas-Rhin, Haut-Rhin, Moselle zerlegen und auf diese Weise dem französischen Staat so eingliedern zu können, wie es vor 1870 der Fall gewesen war. Der unter den Händen Deutschlands entstandene elsaß-lothringische Staat erschien ihnen als eine wurzellose Konstruktion, die in sich zusammenbrechen würde, sobald die deutsche Zwangsgewalt beseitigt wäre.

Die Erfahrungen eines Jahres haben sie eines Besseren belehren können. Sie haben sich sowohl davon überzeugen müssen, daß die staatlichen Einrichtungen Elsaß-Lothringens den französischen weit überlegen sind, als auch davon, daß die Bevölkerung der drei Departements in viel höherem Maße, als sie gedacht hatten, sich als seelische Einheit fühlt, die den Willen besitzt, soweit es im Rahmen der Weltverhältnisse möglich ist ein selbständiges Staatsvolk zu sein. Das ist das Ergebnis der 48jährigen Zugehörigkeit zum hundertjährigen Deutschen Reich, ein Ergebnis, das von Frankreich nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Frankreich hat sich daher dazu verstehen müssen, die elsaß-lothringische Einheit mit der Zentrale Straßburg zunächst bestehen zu lassen; es hat infolge der Unzufriedenheit in allen Schichten der Bevölkerung in dem Generalkommissar Müllerand dem Lande einen in Straßburg residierenden „Statthalter“, in dem in Straßburg tagenden „Conseil supérieur“ ihm einen Ersatz für den Landtag geben müssen. Elsaß-Lothringen, das vor dem Kriege drauf und dran war, vollständig deutscher Bundesstaat zu werden, kämpft so mit Frankreich um die Erhaltung seiner Volks- und Staatspersönlichkeit und hat wenigstens das erreicht, daß es nicht in die drei Departements aufgelöst, sondern als Torso eines Staatswesens in den Friesen eingeht. Den Verhandlungen im französischen Parlament wird es vorbehalten bleiben, die endgültige Verfassung für Elsaß-Lothringen zu schaffen. Da werden aber die Elsaß-Lothringer selbst zur Stelle sein und ein gewichtiges Wortchen mitzureden haben.

Am 18. Oktober veröffentlichte das „Journal officiel“ zu Paris das Gesetz über das Übergangsregime für Elsaß-Lothringen, nachdem es von Kammer und Senat angenommen worden ist. Es offenbart, daß Frankreich mit seinen Einverleibungsbestrebungen keinen Schritt weitergekommen ist, sondern unter dem Druck der Volksstimmung sich vorläufig damit begnügen muß, den bestehenden Zustand anzuerkennen, bis die neuen Kammern sich zu einer Aenderung entschließen. Diese werden aber den Wünschen der Elsaß-Lothringer weit entgegenkommen müssen, läuft Frankreich doch sonst Gefahr, sich vor dem geschlossenen Projekte der Elsaß-Lothringer zu sehen, der für es die vielleicht schmerzhafteste moralische Niederlage bedeuten würde. Immerhin sollen die Bestimmungen des Gesetzes den endgültigen Abau des elsaß-lothringischen Staates, der Frankreich so sehr auf die Nerven geht, vorbereiten. Sein wesentlicher Inhalt ist der folgende:

1. Elsaß und Lothringen bleiben vorläufig, bis die Neuorganisation durch Gesetz erfolgt, unter der Autorität des Ministerpräsidenten gestellt. Der Comissaire general und der Conseil supérieur werden mit ihren augenblicklichen Vollmachten beibehalten. Die Befugnisse des Conseil supérieur sollen allerdings drei Monate nach dem Zusammentritt der 12. Legislatur erlöschen.

Damit ist das Verlegenheitsprodukt des Conseil supérieur, der von den Franzosen aus Angst vor der im Volk recht tief sitzenden Erinnerung an seinen Landtag auf das Drängen der Bevölkerung hin zugestanden wurde, schon jetzt zum Tode verurteilt. Es wird ihm in Elsaß-Lothringen keine Träne nachgeweiht werden. Dafür aber werden die Gedanken des Volkes um den alten Landtag kreisen und sich nach dem Augenblick sehnen, in dem wieder einmal seine Vertreter in das schöne Haus am ehemaligen Kaiserplatz zu Straßburg einziehen werden.

2. Die Einheit der Verwaltung bleibt „provisorisch“ bestehen. Jedoch werden die Distrikte des Unterelsaß, des Oberelsaß und Lothringens entsprechend zu den Departements Bas-Rhin, Haut-Rhin, Moselle gerechnet. Die Kreise bekommen wieder ihren alten Namen Arrondissement.

Zum mindesten das Elsaß, aber auch Elsaß und Lothringen sind durch die Ereignisse seit dem Jahre 1870, vor allem aber durch die Erlebnisse seit dem November 1918, zu einer seelischen Einheit geworden, die zu zerstören das Bestreben der Franzosen sein muß, da die Bewahrung dieser Einheit mit den Grundgedanken der „republique une et indivisible“ (einen und unteilbaren Republik) im Widerspruch steht. Die Franzosen wissen sehr wohl, daß Elsaß-Lothringen erst dann endgültig erobert ist, wenn diese seelische Einheit aus der Welt geschafft ist. Sie werden daher mit allen Mitteln versuchen, nicht nur jede Erinnerung an den elsaß-lothringischen Landtag, sondern auch die den Ober-, Unter-Elssäern und Lothringern gemeinsamen öffentlichen Einrichtungen aus der Welt zu schaffen. In den Kammerdebatten um diese Fragen wird sich erweisen, wie stark der elsaß-lothringische Selbstständigkeitsgedanke ist. „Provisorisch“ allerdings haben sie das Bestehenbleiben der Verwaltungseinheit zugestehen müssen.

3. Bis zur Einführung der französischen Gesetze werden Elsaß und Lothringen auch weiterhin den Gesetzen und Verordnungen unterliegen, die augenblicklich dort in Kraft sind.

Die Franzosen haben sich widerwillig zu der Anerkennung verstehen müssen, daß die staatliche Organisation Elsaß-Lothringens der ihren überlegen ist. Sie stehen daher vor dem Dilemma, entweder die deutschen Gesetze dem Wunsch der Bevölkerung gemäß auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens in Elsaß-Lothringen allein weiterbestehen zu lassen und dadurch eine Sonderstellung anzuerkennen, oder diese Gesetze auf ganz Frankreich auszudehnen und sich so durch das Medium Elsaß-Lothringen hindurch das vielgeschmähte Deutschland als Vorbild moderner Staatlichkeit dienen zu lassen.

4. Die französische Gesetzgebung wird durch Spezialgesetze eingeführt werden. Jedoch werden im Falle, daß ein dringendes Interesse vorliegt, auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und nach dem Bericht des Comissaire general Dekrete erlassen werden können. Diese Dekrete werden der Ratifizierung der Kammern innerhalb eines Monats unterbreitet werden.

Damit ist einerseits die Gesetzgebung in allen grundlegenden Fragen den Kammern und somit der Auseinandersetzung der elsaß-lothringischen Abgeordneten mit Frankreich überlassen, andererseits aber doch der Regierung die Möglichkeit in die Hand gegeben, den Abau des elsaß-lothringischen Staates im Sinne der „republique une et indivisible“ weiterzuführen. Sie wird sich sicherlich alle Mühe geben, den Elsaß-Lothringern in unaußfälliger Weise den Boden unter den Füßen wegzuziehen, falls sie dazu noch stark genug sein sollte.

5. Im nächsten Finanzgesetz werden die Bestimmungen festgelegt werden, unter welchen das Ausgaben- und Einnahmehudget von Elsaß und Lothringen vorbereitet, beraten und festgesetzt wird. Bis dahin wird das Gesetz vom Comissaire general vorbereitet und durch ein Dekret festgelegt, das vom Ministerpräsidenten und vom Finanzminister gegengezeichnet ist.

Es ist also den Franzosen nicht möglich gewesen, Elsaß-Lothringen unter Beibehaltung seiner besonderen Finanzverwaltung dem französischen Finanzsystem einzugliedern. Das ist er beste Beweis dafür, daß Elsaß-Lothringen tatsächlich eine eigene Staatlichkeit besitzt, die von heute auf morgen nicht zu beseitigen ist. Einflußreiche politische Kreise in Elsaß-Lothringen wünschen aber, daß das elsaß-lothringische Budget auf irgendwelche Weise elsaß-lothringischer Kontrolle unterworfen wird. „Elsaß-Lothringen der Elsaß-Lothringern“, das kann gerade auf finanzpolitischem Gebiete der Schlagtruf werden.

6. Die Erhebung der Steuern und Abgaben wird jährlich durch ein Gesetz imigt. Die Zollabgaben werden nach den für die Gesamtheit des Staatsgebietes geltenden Gesetzen erhoben, dies nur vorläufig und bis ein Sondergesetz hier Platz greift.

Demnach scheint Frankreich damit zu rechnen, daß es Elsaß-Lothringen in Zollfragen eine Sonderbehandlung wird zugestehen müssen. Die geopolitische Lage des Landes bedingt die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Rheingebiet und dem übrigen Deutschland. Diese Tatsache hat das ancien regime bis zur großen französischen Revolution dadurch anerkannt, daß es dem Elsaß wirtschaftlich den Charakter einer „province étrangere“ (fremden Provinz) ließ, die trotz der politischen Zugehörigkeit zu Frankreich ihre wirtschaftlichen Beziehungen nach Nord und Osten hin ungeschmmt pflegen konnte. Das nunmehr zu einem hohen Maß von Selbstbestimmtheit erstarrte elsaß-lothringische Volk wird sich um der schönen Augen Frankreichs willen nicht von dem ihm naturhaft gegebenen Wirtschaftsgebiet trennen lassen! Damit wird Frankreich rechnen müssen.

7. Die Wahlen zum Senat, zur Kammer, zu den Departements- und Gemeindeförperschaften werden gemäß dem französischen Wahlgesez vorgenommen werden. Die Departements Moselle und Bas-Rhin wählen fünf, Haut-Rhin wählt vier Senatoren.

Das Departement Bas-Rhin wählt 9, das Departement Moselle 8, das Departement Haut-Rhin 7 Abgeordnete zur Deputiertenkammer.

Am 16. November werden die Wahlen zur Deputiertenkammer stattfinden. Das katholische und das sozialistische Volk des Elsaßes wird die Entscheidung geben. Die Demokraten sind in drei Parteien gespalten und können nur in Anlehnung an die große katholische Partei Bedeutung erlangen. Eine Anlehnung an den Sozialismus war für sie ausgeschlossen, da dieser von vornherein keine eigenen Wege zu gehen entschlossen war.

Eins steht unbezweifelbar fest: die Franzosen haben es nicht mehr mit dem in seiner Masse passiven Volke aus der Zeit vor dem Jahre 1870 zu tun, wo sie nur mit der ihnen treu ergebenen Bourgeoisie zu rechnen hatten, sondern mit einem in hohem Maße politisierten, bis in seine Tiefen politisch organisierten Volke. Schon die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Arbeiterkaste, die an allen Ecken und Enden des Landes sich mit außerordentlichem Selbstbewußtsein wirtschaftlich und politisch zur Geltung bringt, schafft Frankreich ungeahnte Schwierigkeiten; sie werden aber dadurch außerordentlich vermehrt, daß die Masse des katholischen Volkes von Elsaß und Lothringen weit mehr denn je von der partikularistischen Idee erfaßt ist. Die Republikanische Volkspartei (das ehemalige Zentrum) hat schon zu Beginn

des Jahres daraus die Konsequenz gezogen, indem sie zum großen Schrecken der Franzosen ein „extrem partikularistisches“ Programm aufstellte, das sie mit dem Beiwort „regionalistisch“ ihnen verballuhst zu machen versuchte. Wohl oder übel haben die Demokraten ihnen folgen müssen. Inzwischen ist aber der Gegensatz zu Frankreich ungemein gewachsen.

Elsaß-Lothringen hat sich im November letzten Jahres von Deutschland „befreit“ und ist dabei physisch unter französische Herrschaft geraten. Ein Jahr französischer Herrschaft hat aber genügt, damit es sich seelisch auch von Frankreich befreite. Dieses zunächst seelische Erlebnis wird unweigerlich auch seine praktisch politischen Folgen haben.

Deutsche Nationalversammlung.

Von Klassenkampf und Landwirtschaft.

Zum Wirtschaftsetat sprach der „Unabhängige“ Düwelle. Seine Rede war nicht schlecht, doch leider durfte man so mancher seiner Behauptungen nicht auf den Zahn fühlen, sonst erwies sie sich als hohl und falsch. So warf er dem Genossen Hoch vor, er hätte behauptet, in einem demokratischen Staat dürfe nicht getreift werden. Und Düwelle wies auf Frankreich und die Vereinigten Staaten hin. Genossen Hoch fiel es natürlich nie ein, so etwas zu behaupten. Doch in einer Uebersetzung, die ihn eben von den „Unabhängigen“ unterscheidet, hat er recht, nämlich, daß in einem demokratischen Staat mehr Mittel zur Beilegung von Konflikten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorhanden sind, als in einem Klassenstaat! Größere Freiheit gibt größere Verantwortung. Die deutsche Arbeiterkaste ist freier geworden, mit umso größerem Verantwortungsgefühl muß sie an die Ausnützung ihrer Machtmittel schreiten. Davon merkt man leider bei den „Unabhängigen“ nichts. Ebenso übertrieben war die Behauptung Düwells von der flotten Sozialisierung Oesterreichs. Nach seinen Ausführungen müßte man glauben, ganz Oesterreich sei schon sozialisiert. In Wahrheit werden erst schüchterne Versuche gemacht, die im wesentlichen noch nicht über die deutschen hinausgelangt sind. Auch die österreichische Sozialdemokratie ist in einer Koalitionsregierung und kann nicht wirtschaftliche Blüten hervorzaubern.

In der großen Zahl von Anfragen, die in der Einzelberatung zur Abstimmung gelangten, zeigte sich deutlich, wie alle Politik durch wirtschaftliche Einzelinteressen bedingt wird. Der Großgrundbesitz auf der Rechten sucht, im Einzelnen wenigstens, zum Teil zu retten, was er im Ganzen durch den neuen Regierungskurs verloren hat. Und als häuerliche Töne das Haus durchhallten, fielen die guten Zentrumsmänner und auch mancher Demokrat um, der sein eigenes Vieh im Stalle hat. Die Debatte wurde schließlich in heiklerem Tone geführt. Eine Abstimmung ergab ein Verhältnis von 102 zu 104 und damit zum Verger des Präsidenten die Beschlufunfähigkeit des Hauses, der nach der Geschäftsordnung darauf die Sitzung abbrechen mußte und für eine Viertelstunde später die nächste Sitzung anberaumte, bei deren Beginn er in weiser Voraussicht erklärte, die kritische Abstimmung auf das Ende der Beratung zu verschieben. Es handelte sich um die großen Gewinne, die der Regierung aus dem Verkauf der Häute von gelieferten Schlachtieren erwachsen, die nach Wunsch der Landwirte nicht der Allgemeinheit, sondern dem einzelnen Bauer zugute kommen soll.

Schließlich wurde der Wirtschaftsetat erledigt, jedoch der kritische Antrag Arnstadt bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Dienstag, 28. Oktober 1919.

110. Sitzung.

Am Regierungstisch: Schmidl.
Das Haus ist fast ganz leer.

Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. De lius (Dem.) erklärt die Regierung, daß über die Aufbesserung der Bezüge der Empfänger von Anfallrenten Verhandlungen eingeleitet sind, die vor dem Abschluß stehen.

Dem Abg. Dr. Mittelmann (Dp.) erwidert die Regierung: Es trifft nicht zu, daß die Banknotenfälschungen einen erschreckenden Umfang angenommen haben. Es ist eine besondere Fälschungsteilung eingerichtet worden, die sich mit der Verfolgung der Fälschmünger zu befassen hat. Es sind Belohnungen ausgeschrieben, um die Mithilfe des Publikums zu erlangen. Es ist in wenigen Wochen gelungen, 24 Fälschmüngerbanden dingfest zu machen, und weiterer Banden, die im Dienste von noch nicht ergriffenen Fälschmüngern stehen. Namentlich in Berlin ist eine Verbringung der Fälschmünger wahrzunehmen. Für die Behauptung, daß die Fälschungen von bolschewistischer Seite betrieben werden, liegen keinerlei positive Inhaltspunkte vor. In drei Fällen sind falsche Scheine aus dem Ausland gekommen, hauptsächlich aus dem Osten. Die betreffenden Notenausgaben sind außer Kurs gesetzt worden, oder werden noch außer Kurs gesetzt. Mitte November werden neue Noten ausgegeben, die technisch derartig hergestellt sind, daß Fälschungen in großem Umfange nicht zu befürchten sind.

Auf eine Beschwerde des Abg. Erkelenz (Dem.) behauptet ein Regierungsvertreter, daß eine Regelung der Verhältnisse der Lageraktinassen nicht erforderlich sei. (Unruhe und Widerspruch.)

Das Reichswirtschaftsministerium.

Abg. Düwelle (US.): Die Angleichung der Inlandpreise an den Weltmarktpreis hätte eine neue Inanspruchnahme der Noten-

Welle zur Folge. Damit kann man aber das Vertrauen des Auslands und die Valuta nicht haben. Man muß wohl aber über die sozialistische Organisation des Lebensmittelhandels überlegen. Im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen sind die Löhne nicht genug gestiegen. Daher ist der Reallohn in Deutschland viel geringer, als im Ausland. Die Arbeiterbewegung ist in Wahrheit durch den Krieg und seine Wirkungen in einen Prozess der Verelendung hineingetrieben worden; das erklärt auch das Streikfever. Weil nach jedem Streik neue Preisverhörungen eintreten, kommen die Arbeiter aus der Notwendigkeit zum Streik nicht heraus. Der wirtschaftliche Streik hilft also nichts und so fällt der Gedanke des politischen Streiks als neues Mittel immer mehr Boden. (Karm. - Jurauf: Wie in Russland!) Man behauptet, wir müßten erst unsere Volkswirtschaft auf internationalen Boden wieder aufbauen, ehe wir sozialisieren; in letzterem ist man allerdings anderer Meinung. Auch die deutsche Arbeiterbewegung läßt sich auf eine Hinanschiebung der Sozialisierung nicht ein. Die Landwirtschaft propagiert den Lieferschnitt. Man hält die Kartoffeln zurück, um höhere Preise zu erzielen. Ebenso läßt es mit der Zuckerproduktion. Sie entziehen den Frauen und Kindern, auf die Sie ja bei Streiks der Arbeiter so große Rücksicht nehmen, durch Sabotage ein hochwertiges Nahrungsmittel. (Großer Lärm. - Abg. Duschke ruft: Wollen Sie Rüben haben?). Diese Verhörungen stehen auf der gleichen Stufe wie die der übrigen Kriegsmetalle, wie Eisen, Kupfer und Konjorken. (Karm. ruft: Die Landwirtschaft will sich sogar der Gewalt bedienen zur Erhöhung der Schieberpreise. Jeder Bauer hat ja eine Mühle zu Hause. (Lachen rechts.) Wenn Sie hoffen, alles das wieder einzuführen zu können, was Ihnen der 9. November genommen hat, so wird Ihnen die Arbeiterbewegung einen Strich durch die Rechnung machen. Zwischen dem Proletariat und der bürgerlichen Gesellschaft gibt es nur einen Kampf bis aufs Messer. (Großer Lärm.)

Abg. Dr. Hugo (D.): Die Regierung muß bei der Durchführung ihrer Wirtschaftspolitik von allen Seiten unterstützt werden. Reichswirtschaftsminister Schmidt: Landarbeiter werden als Selbstversorger eingeschätzt; sie haben erheblich bessere Versorgung als häusliche Arbeiter. Weitere Ansprüche der Landarbeiter wären unbegründet. Die Einstellung eines Unterstaatssekretärs für Landwirtschaft bitte ich aus finanziellen Gründen abzulehnen. Der Aufbau der Kriegsgesellschaft geht schneller vor sich, als im allgemeinen angenommen wird.

Abg. Schrens (D.): Wir brauchen einen Berufslandwirtschaftssekretär. Die Reichsverwaltung muß ausgewählt werden, damit die Landwirtschaft zur Geltung kommt. Leider fragt man heute nicht nach den tatsächlichen Fähigkeiten, sondern nach der Parteigezogenheit.

Der Antrag auf Einstellung eines Unterstaatssekretärs für Landwirtschaft wird abgelehnt. Dagegen wird eine Entschädigung des Ausschusses, zum Teil im Gegenzug zum Reichswirtschaftsminister, angenommen, nach der alle Bestimmungen in den Ernährungsverordnungen aufgehoben werden, die die landwirtschaftlichen Arbeitgeber hindern, die ihren Arbeitern zugesicherten Kapitalerträge ohne Beschränkung auszuweisen. Ferner soll der gesamte Organisationsplan des Reichswirtschaftsministeriums vorgelegt werden. Gewünscht wird eine härtere Heranziehung der technisch und volkswirtschaftlich gebildeten Beamten. Ein Ausschuss aus Mitgliedern der Nationalversammlung, der Reichsregierung und des Reichsrates soll das Gehaltsgehären der Kriegsgesellschaft prüfen, ihre finanziellen Ergebnisse und Liquidierungen unterziehen.

Die Abstimmung über einen Antrag Arnstadi (D.), daß der Erlös der Viehhäute dem Besitzer des Viehs, von dem es getötet wird, in vollem Umfang ausbezahlt wird, ergibt im Sommerparlament die Schlussunfähigkeit des Hauses. 104 Abgeordnete stimmen dagegen, 102 dafür. Die Sitzung wird daher abgebrochen und die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später, auf 5½ Uhr anberaumt.

111. Sitzung, Dienstag, 28. Oktober 1919, 4½ Uhr. Die Abstimmung über den Antrag Arnstadi, die zur Beschlußunfähigkeit geführt hätte, wird zurückgeschickt. Angenommen wird ein Antrag Kräßig (Soz.), den Aufgabenkreis des Ausschusses zur Liquidation der Reichsrenten-L.G. auf die Kontrolle der gesamten Geschäftsführung auszudehnen. Ebenso Anträge der Rechten für ausreichende Rohstofflieferungen an das Handwerk, auf Unterstützung der infolge des Krieges, oder der Kriegswirtschaft stillgelegten Handwerksbetriebe und auf Schutz der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft gegen willkürliche Eingriffe Unberechtigter.

Abg. Koch-Merleburg (Dem.): Den Zuckerfabriken muß gestattet werden, mehr Melasse als bisher an die Rüben liefernden Landwirte zu Futterzwecken herzugeben. Wird diesem Antrage nicht stattgegeben, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn im nächsten Jahre noch weniger Rüben angebaut werden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Dr. Semmler (D.): Die Annahme dieses Antrages würde die landwirtschaftliche Erzeugung ganz bedeutend steigern.

Abg. Ruzm (IS.): Wenn man die Melasse einseitig für den einen Zweck in über großem Maße zur Verfügung stellt, fehlt sie auf der anderen Seite. Es bei der Alkoholherzeugung, den man zu technischen Zwecken braucht. Der Abg. Koch drohte ganz offen mit der Sabotage der Landwirte.

Der Antrag Koch wird gegen die Stimmen der Reichssozialisten und Unabhängigen angenommen, außerdem ein Antrag Schmidt (Dem.), wonach landwirtschaftliche Berufsangehörige in das Ministerium berufen werden sollen. Ein deutschnationaler Antrag auf Erhöhung der Reichsunterstützung an die Zentralfelle für Erziehung der landwirtschaftlichen Betriebsangehörigen von 50 000 auf 100 000 Mk. wird abgelehnt.

Abg. Senft (D.): Die Kriegsgesellschaften sind in der Kriegszeit als eine Besitzergreifung anhalt gegen die Einziehung zum Heeresdienst angesehen worden. Jetzt dienen sie immer noch dazu, gewissen Leuten große Gehälter zu verschaffen. So erhält der Direktor beim Kriegsverwaltungsrat 240 000 Mk. (Hört, hört! rechts.) In anderen Beamten bekommen einunddreißigjährige Berliner Gehälter von mehr als 50 000 Mk. Ein einunddreißigjähriger Arbeiter bekommt 30 000 Mk. Gehalt. Was sollen die Beamten zu diesen Gehältern bei den Kriegsgesellschaften sagen? Es bestehen immer noch 61 Kriegsgesellschaften. Wir verlangen ihre schnelle Beilegung. (Beifall rechts.)

Abg. Frau Schröder (Soz.): Die Reichsrentenkasse muß auf die übrigen Vermögensstellen einwirken, daß die Renten im Interesse der Allgemeinheit verteilt werden. Erst kommen die Krankenkassen und zum Schluß die Rinas! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Ausschuss für das Reichswirtschaftsministerium wird erledigt. Der Antrag Arnstadi, der zur Beschlußunfähigkeit führte, wird bis zur dritten Lesung zurückgeschickt.

Eröffnung des Reichstages. Abg. Stüdem (Soz.) berichtet über die Ausschussarbeiten. Das Haus verläßt sich. Mittwoch 9½ Uhr: Reichstagsberatung. Letzte Sitzung. Schluß 6½ Uhr.

Frieden mit Uruguay.

Die „Times“ meldet aus Montevideo, daß der Präsident der Republik Uruguay am 28. Oktober den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet und ein Dekret erlassen habe, wodurch die politischen und kommerziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Uruguay wieder hergestellt werden.

Ablehnung der Ratifizierung durch Amerika.

Das „Echo de Paris“ meldet aus Washington: Aus den Erhebungen über die Ansichten der Senatoren geht hervor, daß 20 Republikaner und 18 Demokraten bereit sind, die Ratifizierung abzulehnen, falls Wilson die Ansicht wäre, daß durch Annahme der neuerdings beantragten Vorbehalte die Ratifizierung nichtig würde. Um die Ablehnung wirksam zu machen, würden übrigens 33 Stimmen genügen.

Verlängerung des polnisch-ukrainischen Waffenstillstandes.

III. Warschau, 28. Oktober. Blättermeldungen zufolge wurde der Waffenstillstand zwischen Polen und der Ukraine bis zum 9. November verlängert.

Eine französische Stimme gegen den polnischen Imperialismus.

Der bekannte französische Sozialist Marcel Sembat behandelt in einem seiner letzten Artikel die Frage über die künftige Gestaltung Polens. Er ist der Meinung, daß Polen nur dann als Staat lebensfähig bleiben wird, wenn das ethnographische Prinzip den Grenzbestimmungen zugrunde gelegt wird. Ein Groß-Polen, das fremde Völker in sich aufnehme, müßte eine bleibende Gefahr für den Frieden Europas bilden, weil die geschädigten Nationen niemals ihre Rechte aufgeben würden.

Der Freistaat Danzig.

Danzig, 29. Oktober. Das Auswärtige Amt hat dem Magistrat zu Danzig seine Auffassung über den Zeitpunkt der Abtrennung mitgeteilt. Nach Artikel 102 des Friedensvertrages tritt das Deutsche Reich das Gebiet des zukünftigen Freistaates an die alliierten und assoziierten Hauptmächte ab. Der Übergang erfolgt nicht schon mit der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden (Artikel 440 Absatz 7), sondern erst dann, wenn sämtliche alliierten und assoziierten Mächte die Ratifikation niedergelegt haben. Der Freistaat selbst kann erst mit seiner förmlichen Begründung nach Artikel 102 ins Leben treten. Es bleibt den vereinigten Hauptmächten, oder deren Bevollmächtigten überlassen, in der Zeit bis zur Niederlegung der Ratifikationsurkunden, also bis zum Aufhören der bisherigen Staatshoheit, für die Begründung des Freistaates zu sorgen.

Das Kulturland Polen.

Wie die „Breslauer Zig.“ meldet, ist in der Republik Polen die Prügelstrafe eingeführt worden.

Verbot der deutschen Blätter in Lodz.

Wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, haben die Regierungsbehörden das Erscheinen der in Lodz herausgegebenen deutschen Blätter, der „Deutschen Lodzer Zeitung“ und der „Lodzer Freien Presse“, verboten.

Judenisch in schwieriger Lage.

Nach der „Chicago Tribune“ hat man in Konferenzkreisen jetzt die Hoffnung aufgegeben, daß Judenisch Petersburg erreichen werde. Man fürchtet sogar, daß er sich vor den Bolschewiken, die bald Herr der Lage im Baltikum sein werden, werde zurückziehen müssen. Auch von der Front des Generals Denikin wird gemeldet, daß überlegene feindliche Kräfte heftige Angriffe im Zentrum ausüben. Inzwischen mehrten sich die Nachrichten über Bauernruhen in der Ukraine hinter der Front Denikins.

Die deutschen Truppen verlassen die weißrussische Armee.

Der „Hamb. Corr.“ läßt sich aus Berlin drahten: Zur Lage im Baltikum wird berichtet, daß sich vom linken Flügel der weißrussischen Armee aus deutschen Truppen bestehende Teile abgegliedert haben. Ein Sammeltransport dieser Truppe steht bereits zur Abfahrt bereit.

Die Gutentekommission für das Baltikum.

Jüriß, 25. Oktober. Der Oberste Rat tagte gestern unter dem Vorsitz Clemencaus. Dieser Sitzung wohnten Marshall Koch, General Nessel und mehrere andere militärische Sachverständige bei. Es wurden endgültig die Mitglieder der Kommission bestimmt, die die Räumung der baltischen Provinzen überwachen soll. Die Mitglieder der Kommission reisen sehr bald nach Russland ab. Sie haben sich vorhergehend in Berlin auf, um dort Einsicht in die offiziellen Dokumente über die von der deutschen Regierung an General von der Goltz und an die deutschen Truppen erteilten Befehle zu nehmen.

Die internationalen Beziehungen werden wieder aufgenommen.

Dem „Telegraph“ zufolge berichtet „Daily Mail“, daß Engländer, die sich während des Krieges und seit dem Waffenstillstand für die Beziehungen in Deutschland und Österreich interessiert, heute Woche in London mit 14 bekannter Persönlichkeiten aus Deutschland und Österreich, die am 5. November in London zusammen trafen, eine Konferenz abhalten werden. Die Teilnehmer an dieser Konferenz werden im Hause des Lord Balfour ein gemeinsames Dinner abhalten. Eingeladen wurden: Lord Curzon, Prof. Bonn, Luigi Brentano, Arthur von Guinier, Karl Kautsky, Richard Martin, Graf Mensinghaus, Max Warburg, Hilferding, Kahn, Wissell, Prof. Oppenheimer, Karl Schlegler, Prof. Schulz und die Dozentin Otto Bauer, Dr. Ellenbogen, Prof. Lemmoch, Wieser, Dr. Herz, Wenzel und Prof. Redlich-Krantz. Mit Ausnahme von Guinier haben alle die Einladung angenommen. Von anderer Seite liegt allerdings bisher eine Befätigung der Nachricht der „Daily Mail“ noch nicht vor.

Völkerrechtswidrige Beschlagnahme deutscher Schiffe.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Entente noch vor der Unterzeichnung zwei kleine deutsche Seeger „Ella“ und

„Sade“, die auf der Fahrt von Finnland nach Holland unterwegs waren, in der Ostsee aufgebracht und nach einem dänischen Hafen geschleppt. Die Reichsregierung erhob gegen diesen Völkerrechtsbruch scharfen Protest und verlangt Herausgabe der aufgebrachtten Schiffe.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten.
Als Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung werden in einem Nachtragsetat 5 Millionen Mark gefordert.

Die Wiesbadener Stadtverordnetenwahlen.
Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Wiesbaden ist insofern von großer politischer Bedeutung, als in der Frage der rheinischen Republik die Stellungnahme der Bürgerchaft sich nun mit aller Klarheit zeigt. Von 8 Zentrumsabgeordneten, die für die Sonderbestrebungen sind, stehen 52 Abgeordnete der anderen Parteien geschlossen gegenüber, die sich rückhaltlos auf den Boden der Verfassung stellen, die die zweijährige Sperrfrist vorsieht.

Soldatenfürsorge.
Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung bewilligte den Etat des Reichswehrministeriums und nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen den demokratischen Antrag an, das Besoldungsgeld und den Ersatzbetrag für die Unterbringung angemessen zu erhöhen und sofort zu prüfen, ob die Gehaltsstufe der Heeresangehörigen den Verhältnissen entsprechen und sie gegebenenfalls zu erhöhen, die Verpflegung zu verbessern und gute Bekleidung zur Verfügung zu stellen, soweit das noch nicht geschehen konnte, ferner den aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Offizieren und Unteroffizieren sowie den Mannschaften Stellen in der Reichswehr freizuhalten und festzustellen, welche Stellen in Staat und Gemeinden den Angehörigen des Reichswehr nach der Dienstzeit offenstehen.

Ueberstunden zur Linderung der Kohlennot.

In einer am Montag in Mannheim stattgehabten Versammlung der Mitglieder des deutschen Transportarbeiterverbandes und der Mitgliedschaft der Binnenschiffe und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse, Sig Duisburg, wurde beschlossen, zur Linderung der Kohlennot in Süddeutschland auf Rheinfahrzeugen jeden Tag zwei Ueberstunden zu fahren. Außerdem ist man gewillt, am freien Sonntag zu arbeiten.

Kleine politische Nachrichten.

Die deutsche Regierung wurde in Paris erneut wegen Beschlagnahme der Heimschaffung unserer Kriegsgefangenen vorstellig.

Die Reichsabschlagsordnung wurde vom Steuerauschuß der Nationalversammlung in zweiter Lesung angenommen. Nach Mitteilung von zuständiger Seite tritt sich die Nachricht von dem Einzuge polnischer Truppen in Lodz nicht.

Der nach Deutschland zurückgeführte Führer der deutschen Truppen in der Türkei, General Liman von Sanders, ist mit der geschätzten Pension zur Verfügung gestellt worden.

Die Eisenbahnverwaltung hat in einem Erlaß an alle Dienststellen verboten, daß Privatpersonen ohne besondere Ermächtigung die Begleitung von Güterwaggons gestattet wird. Die Eisenbahnverwaltung will mit dieser Maßnahme insbesondere die Fahrten der sogenannten Schieberwagen verhindern.

Die Anklagebehörde in Frankfurt a. M. leitete gegen die Führer des wilden Eisenbahnerkreises im Sommer ein Verfahren wegen Aufruhrs ein.

Der bayerische Landesessenbahnrat hat sich entschieden gegen eine zeitweise Einstellung oder auch eine weitere Entlassung des Eisenbahnpersonalens lehns ausgesprochen.

Gegen das Blatt der „Unabhängigen“ in Königsberg wurden wegen eines Artikels vom 22. Oktober mit der Ueberschrift: „Ein Blick in die Geheimnisse der republikanischen Regierung“ ein strafrechtliches Verfahren wegen Landesverrats und Beleidigung eingeleitet. In Romo ist ein englischer General eingetroffen, dem elf englische Offiziere folgen werden. Sämtliche Engländer treten in italienische Dienste.

Das englische Finanzjahr schließt mit einem Defizit von 478 Millionen Pfund anstatt der erwarteten 250 Millionen.

Schweiz.
Die Nationalratswahlen.
Nach dem bisherigen Ergebnis der Nationalratswahlen steigt die Zahl der sozialdemokratischen Sitze auf etwa 45, an Stelle der bisherigen 19. Die Katholiken mahnen ihren bisherigen Besitzstand. Die neue Bauernpartei zählt bisher 10 Gewählte. Die stärkste Partei des 189 Mitglieder zählenden Rates bleibt die freisinnig-demokratische Partei.

Belgien.
Der Schifferstreik beendet.
Der Schifferstreik in Antwerpen ist beendet, nachdem den Streikenden die Erfüllung ihrer Forderungen zugesagt worden ist.

Frankreich.
Ueberall Kohlennot.
Die Fabriken der Schwerindustrie von Konbaix, Courcoing sind wegen Kohlenmangel seit Montag vor mittag geschlossen.

Eugenburg.
Die neue Kammer.
Nach dem Wahlergebnis in den hauptsächlichsten Gemeinden wird sich die neue Kammer zusammensetzen aus 22 Katholiken, 13 Sozialisten, 7 Radikalen, 4 Mitgliedern der nationalen Unabhängigkeitspartei und 2 Mitgliedern der unabhängigen Volkspartei.

Vereinigte Staaten.
Die Politisierung der Arbeiterklasse wächst zusehends.
Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ schreibt: Nach den Blättern zu urteilen, steht Amerika vor einem industriellen Chaos. Infolge des Wegganges der industriellen Konferenz wird Compers jetzt auf die Seite der Extremisten getrieben. Die Klust zwischen Kapital und Arbeit hat sich verbreitert. Auch die Ausschüßten auf die Errichtung einer politischen Arbeiterpartei sind dadurch gestiegen. Compers wehrte sich zwar bisher dagegen, aber die Verhältnisse nötigen ihn, seine Auffassung zu ändern. Nach einer weiteren Meldung aus Washington hat Wilson von neuem seine Vermittlung in dem Konflikt mit den Braunfaschisten angeboten.

Um Wilsons Erbe.
„Reuters Bureau“ meldet aus Washington, daß Senatspräsidenter sich bereit erklärt habe, eine republikanische Kandidatur für die nächste Präsidentschaftswahl anzunehmen.

Feiges Gesindel.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ machten sich am Montag einen Artikel eines von Platen zu eigen, in dem gegen die angebliche Beeinflussung der zurückkehrenden Gefangenen durch die Regierung gewettert wird.

Ober glaubt die Regierung vielleicht, durch ihre Parteilichkeit die Ueberläufer, die mit unseren Kriegsgefangenen zurückkehren, bei ihren Fährten halten zu können.

Et, er, wer zählt denn zu diesem feigen Gesindel? Hat sich der Herr „von“ die Namen aller notiert und glaubt er wirklich mit dem zu Kriegszetteln völlig übergeschwappten Amtschalt einen politischen Schnitt machen zu können?

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Man heßt nach Strich und Kaben gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist.

Lehntätig erscheint und die sofort als Verkündigungsorgan und geistiges Bindesglied zwischen allen Vereinen in Tätigkeit tritt.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

Die erste Versammlung des Hörer Ausschusses der Volkshochschule war am 25. Oktober in der Aula des Lehrerseminars.

datenen Schlächtungen auf Gefängnis und Geldstrafe verurteilt, nicht nur wie bisher wohlweise, zu erlassen ist.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Ermittelte und festgenommen sind 4 landwirtschaftliche Arbeiter, die gemeinschaftlich in einem Teutendorf wohnhaften Landmann zu verschiedenen Malen größere Mengen Korn gestohlen hatten.

Ein Konzert, veranstaltet von der Arbeiterschaft der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft fand Dienstagabend im Gewerkschaftshaus statt.

Sanitätstheater. Hoheit tanzt Walzer. Mit der Aufführung dieser hier nicht unbekanntes feierlichen Operette, deren Text Branner und Grünwald verfassten, hatte die Künstlergesellschaft des Sanitätstheaters einen hübschen Erfolg.

Die Enttragung in die Wählerlisten erfolgen bis einschließlich Sonnabend, den 1. November. Jeder wahlberechtigte Mann und jede Frau hat die Pflicht, sich von der Enttragung zu überzeugen.

Hamburg. Mit Sped fängt man Mäuse. Im Verbandshaus des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes wurde ein Hamsterlager gefunden.

Neuz. Zur Explosion in der Lüneburger Heide wird von der Kommandantur des Gasplatzes Brelow bei Munsterlager mitgeteilt: Die Gefahr kann als beseitigt gelten.

Odenburg. Unabhängig für die Sicherheitspolizei. Die beiden unabhängigen Abgeordneten im Odenburger Landtag Schmidt und Seidenberg haben für die Errichtung einer Sicherheitspolizei in Stärke von 400 Mann für Odenburg gestimmt.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete. Achtung, Wähler!

Im 18. November finden die Landesausschuwahlen statt. Die Enttragung in die Wählerlisten erfolgen bis einschließlich Sonnabend, den 1. November.

Hamburg. Mit Sped fängt man Mäuse. Im Verbandshaus des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes wurde ein Hamsterlager gefunden.

Neuz. Zur Explosion in der Lüneburger Heide wird von der Kommandantur des Gasplatzes Brelow bei Munsterlager mitgeteilt: Die Gefahr kann als beseitigt gelten.

Odenburg. Unabhängig für die Sicherheitspolizei. Die beiden unabhängigen Abgeordneten im Odenburger Landtag Schmidt und Seidenberg haben für die Errichtung einer Sicherheitspolizei in Stärke von 400 Mann für Odenburg gestimmt.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Diebstahl. In der Nacht zum 28. ds. Mts. sind mittelst Einbruchs aus einem Geschäft in der Sandstraße ein Eisenkassenschloß und ein eben solcher Kasten, sowie ein schwarzes Pelzkleid gestohlen worden.

Neueste Nachrichten.

IX. Königsberg, 29. Oktober. Wegen umfangreicher Branddiebstähle wurden 12 Güterbodenarbeiter verhaftet.

Das Befinden Haases. In Berlin, 29. Oktober. Im Befinden Haases ist seitens im Laufe des Nachmittags und Abends keine wesentliche Veränderung eingetreten.

Die hundertste U. S. B. für die dritte Internationale. In Königsberg, 29. Oktober. Der Landespartei der U. S. B. D. Bayerns beschloß mit 66 gegen 62 Stimmen den Ausschluß an die dritte Internationale.

Drohender Eisenbahnstreik in Baden. In Karlsruhe, 29. Oktober. Die Frage der Gewährung einer einmaligen Beschäftigungszulage an die Beamten und Staatsarbeiter der Eisenbahnen ist in ein schwieriges Stadium getreten.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Die englische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof. In Genf, 29. Oktober. Reuters Bureau meldet die britische Flotte beschließt Oranienburg und Peterhof.

Gasabgabezeiten.

Im Einvernehmen mit der Betriebsbehörde bestimmt das Polizeiamt, daß Gas bis auf weiteres nur in der Zeit von

6	bis 7 1/2 Uhr morgens
11	1 1/2 " mittags u.
3 1/2 Uhr nachm.	bis 9 1/2 " abends

entnommen werden darf.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft; außerdem kann die Gasentnahme sofort gesperrt werden.

Lübeck, den 29. Oktober 1919. (9248)

Das Polizeiamt.

Fleischausgabe.

Zu der Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1919 werden auf die Reichsfleischkarte für erwachsene Personen 200 Gramm frisches Fleisch und Fleischwurst für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte, auszugeben. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischkarte, die den Ausdruck "1/2 Anteil" trägt, mit 20 Gramm Fleisch oder 40 Gramm Fleischwurst zu bewerten.

Militärpersonen, Besucher und zurückkehrende Kriegsgefangene erhalten ihre Fleischkarte bei dem Schlächtermeister H. Melnick, Schüsselbuden Nr. 30. Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zustehende Frischfleisch ist nur bei dem Schlächtermeister W. Kahlf, Holstenstr. Nr. 3, zu entnehmen.

Lübeck, den 28. Oktober 1919. (9227)

Das Landesverorgungsamt.

Höchstpreise für Gemüse.

Unter Aufhebung der mit den Bekanntmachungen vom 3. September und 17. Oktober 1919 veröffentlichten Höchstpreise werden auf Anordnung der Reichsstelle für das lübeckische Staatsgebiet folgende Erzeugerhöchstpreise mit Gültigkeit vom 18. Oktober 1919, sowie folgende Groß- und Kleinhandelshöchstpreise mit Gültigkeit vom 30. Oktober ab festgelegt:

Erzeugnis	Gruppe A		Gruppe B	
	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Rote Möhren und Karotten aller Art einschl. der kleinen rund. Karotten ohne Kraut	5 1/4	11	9	12
2. Gelbe Möhren ohne Kraut	3 3/4	9	7	10
3. Weiße Möhren ohne Kraut	2 3/4	5	4	7
4. Weißkohl und Spitzkohl	4	8	7	10
5. Wirtskohl	6 3/4	17	15	20
6. Rotkohl	7 1/4	17	15	20
7. Grünkohl (Strauke dürfen nicht länger als 10 cm sein)	6 3/4	15	13	18

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Erzeugerpreise gelten für das ganze lübeckische Staatsgebiet, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe A für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet.

Auf Grund des § 4 der Lieferungsverträge ist der Erzeuger, der Lieferungsverträge abgeschlossen hat, zur Lieferung auf Grund vorliegender Erzeugerpreise verpflichtet.

Lübeck, den 28. Oktober 1919. (9215)
Landesstelle für Obst und Gemüse.

Der Handel von Möhren mit Kraut ist verboten.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 5, Abgabe 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den November 1919: 50 cbm.

Lübeck, den 28. Oktober 1919. (9235)

Die Betriebsbehörde.

Die Eier-Duittungsbücher sind unverzüglich dem Ernährungsamt (Amtsgericht, Zimmer Nr. 8), einzureichen.

Der Stadtmagistrat Bad Schwartau.

(Ernährungsamt)
H. A. Franks.

Hauschlachtungen

Am Freitag und Samstag von morgens 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr abgenommen werden.

Die Schlachthofverwaltung

Kräftiger Arbeitsburche sofort gesucht.

Adolf Bergfeldt, Lübeck, (9241) Wühlstr. 40.

Gesucht eine Dachfrau, alle 14 Tage. (9209) Bräderstr. 9, II.

Al. Berthold zu mieten gesucht, am liebsten innere Stadt. Angeb. u. D St 90 an d. Exp. d. Z. (9224)

Nach langem schweren Leiden entließ Montag abend 7 1/2 Uhr sanft und ruhig in ihrem 37. Lebensjahre meine geliebte Frau, meiner Kinder treu sorgende Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin
Helene Langhoff
geb. U. a. H.
In diesem Schmerz Anton Langhoff
adolf Kindern und allen Verwandten.
Lübeck, (9226) Warendorferstr. 34 II.
Beitattung Freitag, Beginn der Trauerfeier 3 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerfer Friedh.

Eine weiße Milch-Kinder-Milch, zu verkaufen, von 3-4 J. (9230) Dornestr. 48, I.

Gr. Warte Ferkel bill. z. verkaufen. (9234) Johs. Klöwer, Schm. III. 133
2 Paar Kinderfischel, Gr. 31, zu verkaufen. (9236) Kerdingerstr. 30, I.
Als Hauschlachter für Schwartau und Renfefeld empfiehlt sich (9228) W. Burschberg, Auguststr. 18

Pelz-Haus

Fr. Zimmermann
Beckergrube 50, I

bietet an als besonders vorteilhaft
große Posten
Alaskafuchs
Blaufuchs
Zobelfuchs
v. 200 Mk. an.

Skunks Canin
Blaufuchs Canin
Zobel Canin
Eleg. Kragen und Muffen modernste Formen
Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.

Leichte Pelzhüte Mk. 45, 90, 150.

Pelzfelle, Kindergarnituren in allen Preislagen.

Umarbeitungen jetzt noch schnell und billig.

Zu verkaufen neuer Entlastungsanzug. Näh. Exp. d. Bl. (9222)

Lohnarbeit und Kapital
Von Karl Marx.
Mk. 1.50.

Lohn, Preis und Profit
Von Karl Marx.
75 Pfg.

Das Erfurter Programm
Erläutert von Karl Kautsky.
Mk. 1.20.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Fremdwörterbuch
Von A. Boneck.
Mk. 1.60.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Kaufe nur 2 Tage

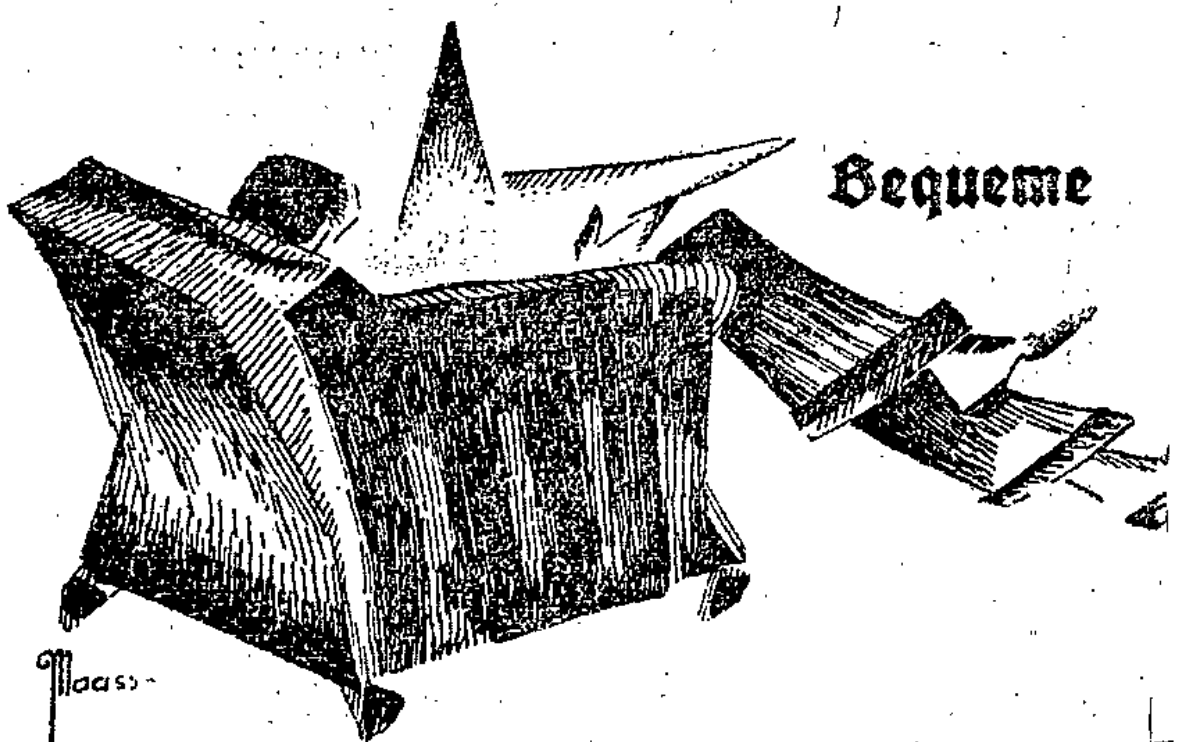
Mittwoch, den 29. und Donnerstag, den 30. Oktober, 10-5 Uhr.

alte Gebisse.

Zahle noch nie dagewesene hohe Preise,
per Zahn bis 25 Mk.,
gewöhnl. Platinzahn nicht unter 3-4 Mk.
Platin-Stiftzahn " " 8-12 " "
Platin-Plattenzahn " " 20-25 " "

In Lübeck: Central-Hotel, I. Etg., (9228) Zimmer 18, Schüsselbuden.

Bruchbänder, Leibbinden, künstl. Glieder, Gummwaren, chirg. Artikel, Verbandstoffe
Dr. med. H. Wolfermann & Cie.
Beckergr. 2. Lübeck. Haus Opera.
Lieferant der Krankenkassen.
Damenbedienung.
Für die von uns angefertigten Bruchbänder übernehmen wir für guten Sitz und sichere Zurückhaltung auch der schwersten Brüche jede Garantie.



Bequeme

Sitzmöbel

Die großzügige Verbindung von Fabrikation und Verkauf einerseits und weitgehendste Anpassung an den Geschmack des Publikums andererseits geben Ihnen die beste Gewähr für Auswahl, Form, Güte und Preis.

Rudolph Karstadt Lübeck

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit, Fünfhausen 13, Sig. Reparaturwerkstatt 9216

Glasarbeiten
Galler Art offeriert
O. Tauchnitz,
Glashandl., (9213) Fleischhauerstr. 35, T. 2808.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.
Terausgabe mit Sachregister.
Preis Mt. 1.10.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Ein Buch, das in keinem Arbeiterheim fehlen darf, ist:
Die Beichte einer Verlorenen.
Ein großartiges Werk voller Spannung und furchtbarer Lebenswahrheit. Das Schicksal eines jungen Mädchens, das durch unsere elenden sozialen Zustände auf Abwege geraten. Eine Mahnung an alle jungen Mädchen. Ein Sündenpiegel des Kapitalismus. Bisher 80 000 Stück verkauft. Sofort bestellen, da Vorrat gering. 3 Mk. (9221) Globus-Verlag S 134, Jena 58. (Z)

Geschäfts-Uebnahme.
Allen Freunden und Bekannten sowie einem geehrten Publikum von Lübeck die ergebene Mitteilung, daß ich den
Gasthof „Zum weißen Roß“
Marlesgrube 15,
käuflich übernommen habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine mich beehrenden Gäste durch aufmerksame Bedienung zufrieden zu stellen und stets nur das Beste zu bieten.
Ich bitte, mich in meinem jungen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne
hochachtungsvoll
Paul Boldt
Gasthof „Zum weißen Roß“, Marlesgrube 15, Tel. 1993. (9225)

Adlershorst. Tanz
Jeden Donnerstag: (9218)

Gesellschaftshaus
Weisser Engel
Rageburg, Allee 29, Erdstation d. Linie 1
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
Anf. Sonntags 4 1/2, Donnerstags 6 1/2 Uhr.

Konzerthaus Flora.
Donnerstag, 30. Oktbr.: (9216) Anfang 6 1/2 Uhr

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich
Krähenstraße 32 ein Kolonialwaren-Geschäft
und halte mich dem geehrten Publikum bestens empfohlen. (9219)
Franz Westphal.

Sanitäts-Verein der freien Hilfskassen Lübecks.

General-Versammlung
am Donnerstag, 30. Okt. abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom III. Quartal 1919.
2. Innere Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand. (9238)

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen Donnerstag: (9214)
Gr. Tanzfränzchen.
Anf. 6 Uhr. F. Westphaling.

17 Beckergrube 17
Täglich: (9242) Humor, Witz und Stimmung.

Groß-Lübeck
E. K. Diele Beckergr. 22.
Größe u. gemütlichste Bauernschänke
Lübeck.
Täglich Konzert!
Abd. 8 Uhr: Neue Kapelle

Stadthallen-Lichtspiele
Lübeck, Mühlentorbrücke 13.
Heute und folgende Tage
Die Rache des Titanen
Drama in 6 Akten mit Fern Andra.

Kreuziget sie!
Drama in 4 Akten mit Pola Negri.
Außerdem der interessante Industriefilm: (9229)
Die Kohle.

Hansa-Theater
Mittwoch: (9220) Hoheit tanzt Walzer.
Donnerstag, 7 Uhr:
Die Faschingstee.
Operette von E. Kalman. Freitag: Tanzabend von Geschwister Falke.

Stadtheater Lübeck
(9231) Mittwoch, den 29. Oktober: 7. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement. Anfang 7 Uhr.

Don Juan letztes Abenteuer.
Drama in 4 Akten von Otto Anthes.
Donnerstag, den 30. Okt.: Schauspielgemeinde. Rote Kaiten.

Kurth von der Kreith.
Freitag, den 31. Oktober: 7. Vorstellung im Freitag-Abonnement.

Hoffmanns Erzählungen
Sonabend, den 1. Novbr.: Eine Nacht in Venedig.

Kommunistische Spaltpilze.

Als die Kommunisten haben sich wieder einmal gespalten. Nachdem die Zentrale und die Hamburger sich bereits einige Wochen hindurch die Liebesswürdigkeiten von Berräter bis zu Efel auf und ab gegenseitig zugerufen hatten, hat jetzt eine Konjunktur der Kommunisten mit 25 gegen 18 Stimmen die Zentrale (angenommen und die 18 Opponenten alsobald aus der Partei herausgeworfen. Diese, der alte Jesuwittler Lauffenberg an der Spitze, werden nun in Hamburg eine neue Partei ins Leben rufen. Viel Glück denen, die nicht alle werden!

In den Liebesswürdigkeiten Auseinandersetzungen der Kommunistenpresse hat man bereits vernommen, daß es nicht schwer ist, kommunistischer Parteivorstand zu werden. Da man nämlich auf dem Standpunkt der Diktatur steht, macht man sich auch in der Partei zum Diktator. Die Zentrale setzt sich im wesentlichen selber ein und hat dafür die schönste Rechtfertigung darin, daß ja die Kommunisten mit Gewalt die bestehende demokratische Verfassung stürzen wollen. Daß sich die Republik dagegen wehrt und sie also gezwungen sind, geheim und illegal zu arbeiten. Schließlich kommt es auf ein bißchen Diktatur mehr oder weniger nicht an; denn praktisch ist die berühmte Diktatur des Proletariats noch etwas anderes gewesen als die Diktatur eines halben Dutzend von Führern. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, die Marx und Engels hatten sich ihre Diktatur des Proletariats freilich anders vorgestellt. Sie hatten gelehrt, daß die eigentümliche Form der Diktatur des Proletariats die Demokratie sei. Aber Herr Wegmann von der „unabhängigen“ Hälfte des gespaltenen „unabhängigen“ kommunistischen Volksrats sagt, daß die Lehren von Marx und Engels auch kein Dogma seien. Und Wegmann ist ein ehrenwerter Mann. Sein einziger Fehler ist allerdings, daß er Marx und Engels nie gelesen hat.

Immerhin wird die Spaltung den Kommunisten nichts schaden. Denn organisatorisch haben sie so wie so nichts bedeutet und politisch bedeuten sie unverändert viel. Nicht umsonst hat es in dem Bericht des kommunistischen Vertrauensmannes für Deutschland an den kommunistischen Großmeister und Weltkulturfürst Richard Müller und Däumig „waischechte Kommunisten“ seien. In der Tat beherrschen die Kommunisten mit den Pfaffen, die sie machen und den Schlagworten, die sie herausbringen, die ganze unabhängige Mitgliedschaft. Alle Bezirksorganisationen der U. S. P. D., die bisher gesprochen haben, haben sich mit großer Mehrheit für den Anschluß an die Moskauer Internationale ausgesprochen, und was die Kautzka, Hilferding, Haase, Ströbel, Breitscheid und anderen Führer dagegen einwenden, das spielt nicht die mindeste Rolle. Sie sind nur Führer, so lange sie hinter den kommunistischen Massen herlaufen. Je größer die Verwirrung im kommunistischen Lager selber ist, desto blinder folgen die Leute, die einmal Opfer der unabhängigen Verheißung geworden sind, den kommunistischen Parolen.

Spalten wir uns! Die U. S. P. D. gibt sich die größte Mühe, wenigstens organisatorisch ihre Leute zusammenzuhalten. Aber wenn die Kommunisten zerpfüttern wollen, ist sie vollständig machtlos. So haben die Kommunisten jetzt zum großen Scherz der U. S. P. D. auch die sozialistische Jugend gespalten. Auf einer Reichskonferenz in Weimar haben die Kommunisten die „unabhängigen“ Jugendlichen als Verräter am Proletariat gebrandmarkt und über Bord hinausgeworfen. Der ausführliche Bericht im hiesigen „Volksblatt“ beginnt mit folgendem Geheule:

„Mit Schmerz habe in der letzten Zeit jeder ehrliche Freund der Jugend beobachtet müssen, daß Leute, die keine Ahnung vom Wesen einer Jugendbewegung haben, parteipolitischen Habitus hineintragen in die Organisation des revolutionären Jugendproletariats. Vergebens erstanden Warner — die fanatische Jugend, ausgehebt durch ältere Führer, die samt und sonders im kommunistischen Lager stehen, schrieb sie nieder. Immer unerquicklicher wurden die Verhältnisse, und es ist kein Wunder, daß die Reichskonferenz, die am vorigen Sonntag in Weimar zusammentrat, endgültig eine Spaltung herbeiführte.“

Das geschah in der Weise, daß nach wilden Beschimpfungen der Generalkonferenz und der U. S. P. D. beschlossen wurde, die sozialistische Jugend müsse alle Parteien, d. h. also einschließlich der U. S. P. D., aufs schärfste bekämpfen und einschließen für den Kommunismus eintreten. Die U. S. P. D., die ausdrücklich ausgeschlossen wurde, wollen sich nun als „Freie Sozialistische Jugend“ neu konstituieren. Und auch als solche werden sie allen kommunistischen Schlagworten getreu nachlaufen. Die kommunistische Jugend aber wird sich bei passender Gelegenheit weiter spalten.

Es ist ein Hexenjabbat von Unwissenheit, Unvernunft und Führerlosigkeit, der sich auf der äußersten Linken ausbreitet. Die Solidarität ist restlos zum Teufel, Selbstsucht und Egoismus herrschen ohne Schranken. Mit Absicht werden alle vernünftigen Arbeiter von diesem Treiben abwendet. Aber leider werden auf absehbare Zeit nicht die Arbeiter vernünftig sein. Deutschlands unerträgliche wirtschaftliche Lage nach dem Zusammenbruch im Kriege wird den Hesperadopolitikern immer wieder neue Jünger zutreiben. Bis die Sozialdemokratie auch wirtschaftlich Deutschland gerettet hat!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Berliner Kommunisten.

Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands hat wegen gewisser Artikel der Berliner „Roten Fahne“ die Verfasser sowie die Redaktion als außerhalb der Partei stehend erklärt. Daraufhin haben die Großberliner Funktionäre der U. S. P. D. der Redaktion der „Roten Fahne“ ein Vertrauensvotum ausgesprochen und sich damit ganz auf dem Boden der erwähnten Artikel gestellt.

Es ist nun recht interessant, sich mit dem Inhalt dieser Artikel ein wenig bekanntzumachen, insbesondere mit dem Aufsatz „Die Neue Waffe“. Darin heißt es u. a. mit bezug auf die „gegenwärtige bürgerliche Kultur“:

„Jeder Handschlag für dieses System, jede Minute Arbeit nährt das Ungeheuer, und die Verdingung an denen, die herauswollen aus der Verfristung, die sie untreuer und unglücklicher als Gefangene macht. Jede Dienstleistung, jede Verrichtung festigt das System, das den Proletarier zur Ware macht, zur Sache, die den Marktwert hat. Die Russen haben ein Lied gehabt, erschütternd und bezwingend in der Monotonie ihres Schmerzes, in den Betrieben ist es gelungen worden, „das jede Säge, die hurtig eilt, ins Fleisch des Körpers schneidet, das jeder Hammer, der lautend fällt, den zuckenden Körper des Proletariats trifft, Schneide nicht, laufe nicht, Hamme!“

Und weiter heißt es: „Nicht Steigerung der Produktion, sondern Sabotage der Produktion heißt nun an die Parole.“ Die neue Waffe in Anwendung bringen, bedarf es keiner weitläufigen Organisation; schon das vorläufig nur lose und weitläufig gespannte Netz der Betriebsorganisation genügt vollkommen, eine wirksame Sabotage der Produktion durchzuführen. Die kleinste Gruppe, die sich plötzlich hinanstellt aus dem bereitbaren Tempo der Arbeitsleistung hemmt den Betrieb, erzeugt Unruhe und Erregung.“

Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß wegen solcher Ansichten mit der nötigen Schärfe vorgegangen werden muß.

Die Charakterlosigkeit der Kriegervereine.

Es ist noch nicht lange her, da wurden Sozialdemokraten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie das Wort Kriegervereine etwas lässelnd wie „Kriechvereine“ ausgesprochen hatten. Jetzt höhnt ein rechtskonservatives Organ, der „Reichsbote“ über die „Mannestreue“ der Kriegervereine. Am 8. September 1918 hätten sie in einem Telegramm an

den Kaiser „unwandelbare Treue zu Kaiser und Reich“ gelobt, fünf Wochen später sei der Schwur unwandelbarer Treue vergessen gewesen. Derselbe Geheimrat Westphal, der das Telegramm an den Kaiser unterzeichnet habe, habe drei Millionen alte Soldaten der Kriegervereine in das Lager der Revolution (was allerdings eine starke Uebertreibung ist!) geführt und die Kriehäuser-Korrespondenz der Kriegervereine treibe Beschwichtigungstaktik, indem sie verlange, daß die Kriegervereine, den vollendeten Tatsachen Rechnung tragend, sich auf den Boden der neuen Regierung stellen. Dazu höhnt der „Reichsbote“: „Das ist die Mannestreue der Kriegervereine! Kaisertrene auf Kündigung!“ Und das konservative Blatt meint spöttisch, wenn Deutschland wieder einmal zur Monarchie zurückkehre, dann würden die Kriegervereine wieder „kaisertrun“ werden und Subjugationstelegramme schicken.

Das glauben wir auch! Jedenfalls aber ist die vollendete Gefinnungslosigkeit dieser Gesellschaft von Seiten der Linken kaum jemals so scharf gebrandmarkt worden, wie es hier von dem konservativen Organ. Wie hier die gefinnungslosen Monarchisten, so sollte auch jeder gefinnungslose Republikaner die Gemeinschaft mit diesem Strebergebilde ablehnen.

Rechenchaftsbericht einer „unabhängigen“ Regierung.

Nach der „Reichsbote“ referierte auf einer Agitationskonferenz für Zeulenroda der „unabhängige“ Staatsrat Drechsler über die Regierungspolitik der U. S. P. D. im Reichslande. Viele trage die volle Verantwortung für alle Handlungen der Regierung. Da nicht alle Handlungen dieser Regierung das Verständnis der Genossen im Lande gefunden hätten, müsse er Aufklärung geben. Kein sozialistische Politik könne die Regierung nicht treiben. Über: „vielleicht war die Tätigkeit unserer Genossen in der Regierung. 53 Gesetzesvorlagen und über 400 Eingaben sind bis jetzt von der Regierung erledigt worden. Reiz ist der einzige Staat im ganzen Reich, der in sozialpolitischer Beziehung allen anderen Staaten voraus ist. Es ist zu erinnern an den Betrag von 10 Millionen Mark zur Verbesserung der Lebensmittel, 4 Millionen sind bereitgestellt für Wohnungsbauten, Kostendarbeiten sind in die Wege geleitet worden. Alles das ist nicht zu verkennen vom sozial gerecht denkenden Standpunkt aus.“ Nachdem Drechsler dann noch darüber geäußert, daß leider ein großer Teil der „unabhängigen“ selbst für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule gestimmt habe, teilte er mit, daß der Fürst demnächst seine Entschädigung bekommen werde, und schloß mit der Bitte um Vertrauen. — Glückliches Reuß! Tüchtige U. S. P. D.! Wieviel mehr leisten sie doch in der Regierung als wir „Verräter“! Auch sie sind gezwungen, mit Wasser zu kochen.

Uebersichten im Bergbau zwecks Kartoffelbeschaffung.

Ans St. Jürgert in der Pfalz wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Die Bergleute der hiesigen Gruben haben sich bereit erklärt, eine Uebersicht zu befehlen. Die so mehr gewonnenen Kohlen sollen rechtschaffen ausgeführt und gegen Kartoffeln für die hiesige Bevölkerung ausgetauscht werden. Andernfalls wäre die Stadt ohne Kartoffeln gewesen. Die französische Behörde wird den Plan ebenfalls unterstützen.

Aufhebung der einzelstaatlichen Gesandtschaften.

Nach München wird gemeldet: Amstich wird folgendes mitgeteilt: Nach Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung ist die Frage der Beziehungen zwischen den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reiches. Den einzelnen Ländern steht kein Recht mehr zu, bei den auswärtigen Staaten Gesandtschaften zu unterhalten. Mit Rücksicht hierauf sind die bayerischen Gesandtschaften in Petersburg und Rom mit Wirkung vom 1. November 1919 aufgehoben worden. Die Aufhebung der Gesandtschaft in Paris dürfte in Kürze erfolgen. Die bayerischen Gesandtschaften in Wien und

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeleser.

28. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Mit einem Blick überließ Anna ihren Mann und sah, wie es ihr seinen geschwollenen Stirnadern hämmerte. Langsam schloß sie den Gürtel ihres blauen Kleides, löste geöffneten Reglitz, strich die herunterhängenden Spitzen glatt, nahm dann vor ihrem Schreibtisch Platz und begann den Brief zu lesen. Sorgfältig betrachtete sie jedes Wort. Sie wollte Zeit gewinnen, in der Hoffnung, er würde sich inzwischen beruhigen. Als sie gelesen, faltete sie das Papier zusammen.

„Es hatte seine Wichtigkeit... Schade, daß es gerade heute herauskommt. Geh dich bitte und sag dir erklären.“

„Aber er schlug mit seiner Faust auf den Schreibtisch, daß alle die tierlichen Rippesigürchen von dem Aufsatz herunter hüpfen und zerbrachen.“

„Zum Donnerwetter, unter was für Gauner bin ich geraten!“

„Gustav!“ rief sie, erschrocken in die Höhe springend.

„Gott verdamme mich, warum habt ihr mich so betrogen?“

„Um Himmelswillen sei still!“ bat sie. „Denk doch an die Dienstboten!“

„Ich will wissen, warum ihr mich betrogen habt?“ schrie er noch lauter.

Trotz ihrer Angst versuchte Anna sich gegen ihn aufzulehnen. Sie warf den Kopf auf und sagte bebend vor Wut:

„Des lumpigen Geldes wegen sich so zu benehmen — das kann nur ein Plebejer.“

Da stürzte er mit dunkelrotem Kopf auf sie los, ergriff ihre Hand und presste die Finger zusammen, daß ihr Gesicht sich vor Schmerz verzerrte.

„Bist ein Plebejer? ... Was seid denn ihr?“

Dann ging er wild leuchtend im Zimmer auf und ab und stieß abgebrochen hervor:

„Deine Mutter verläßt mein Haus... noch heute!“

„Ich mag nicht... mit einer Betrügerin zusammenhängen... Von dem Geld bezahl ich keinen Pfennig... Der Bankier soll sie verhaften.“

Anna erwiderte kein Wort. In sich zusammengezuckt sah sie da. Diesem Uebermaß von Zorn fühlt sie sich nicht gewachsen.

„Steh auf!“ herrschte er sie an. „Sag's ihr... Sie soll weg!“

„Keine Nacht will ich sie beschaffen.“

Aber sie blieb unbeweglich sitzen, nur ihre Augen irrten ängstlich auf und ab und verfolgten jeden seiner Schritte. Das Zimmer war ganz erfüllt von der roten Glut der untergehenden Sonne. Vom Garten her mischten sich in seine leuchtenden Klänge die süßen Töne der Amsel.

Lange Minuten vergingen. Sie hatte Furcht und fühlte sich ratlos. Zugleich lauichte sie auf die Töne von draußen, wie man

ist in der größten Erregung seine Anwesenheit auf ganz neben-

sächliche Dinge richtet. Das Wetter war so verlockend, alles atmete Ruhe, und nun mußte dieser häßliche Streit dazwischen kommen!

Ein leiser Windhauch glitt durch die lockere Seide über ihre nackte Haut und spielte mit den herunterhängenden Haaren. Sie fröstelte ein wenig, dünn bekleidet wie sie war.

Immer von neuem klang die Vogelstimme an ihr Ohr. Eine Zeit lang hatte er ganz leise und zaghaft gestöhnt. Plötzlich aber schloß er aus der Nähe laut auf, als wenn er mit dem laotenden Wohlklang seiner Töne das Weibchen berücken wollte. Und da schloß ein Gedanke durch Annas Kopf, der fast ein Schreien auf ihren Lippen hervorrief. Sie wurde sich der unwiderstehlichen Macht, die sie besaß, bewußt und schloß daraus frischen Mut. Zaghaft, lauernd, näherte sie sich ihrem Mann und legte ihre schlanken Finger auf seine Achsel.

„Gustav!“

Er schüttelte sie ab, ohne sich in seinem Hin- und Hergehen unterbrechen zu lassen.

„Gustav!“

„Was willst du?“

Demütig, in gebrochener Haltung stand sie mitten im Zimmer, ihr Kopf mit dem aufgeschloßenen Haar war ganz in den brennenden Lichtstrom der Sonne getaucht.

„Du hast ja recht, mir böse zu sein.“ flüsterte sie. „Was ich getan habe, war gewiß nicht gut. Aber meine Mutter hat keine Schuld. Sie hat durch ein Unglück ihr Vermögen verloren. Meine Erziehung kostete viel. Die Sünden hat sie meinetwegen gemacht. Vor der Hochzeit wollte sie dir alles gesehen. Ich selbst habe ihr abgeraten. Ich glaubte, es würde sich alles begleichen lassen.“

Er blieb stehen und blickte ihr mit furchtbarem Ernst ins Gesicht.

„Du hast mich betrogen, Anna! Während der ganzen zwei Jahre hast du mich belogen. Wie soll ich dir jetzt noch glauben?“

„Ich hab dich belogen. Gewiß! Aber nur aus Liebe zu dir. Ich hatte Angst, du würdest mich nicht nehmen, wenn du erfährst, wir hätten Schulden.“

„Warum hastest du kein Vertrauen? Jetzt hab ich alles Vertrauen zu dir verloren.“

Sie kam wieder näher und presste seine Hand an ihre Wange.

„Ich war ja schuldlos. Aber ich meinte es nicht schlimm.“

Sie schlang ihren Arm um seine Schulter und begleitete ihn, während er ununterbrochen auf und ab ging. Fast mit der ganzen Last ihres Körpers hing sie an ihm.

„Die wahre Liebe vergibt, Gustav!“ Ich hab ja falsch gehandelt. Ich bitte dich jetzt um Verzeihung.“

Sie hatte auch den andern Arm um seinen Hals geschlungen und zog nun seinen Kopf herunter. Er fühlte ihre Lippen auf seinem Munde ruhen, diese leicht geöffneten warmen Lippen, und er zog den Duft ihres Körpers ein, der heraufsteigend, sinnverwirrend, süß war, wie der Duft der Erdbeeren, der Blumen und des dünnen Frühlingserdenduft.

„Sei nicht böse... heut... an unserem Hochzeitstag!“ flüsterte sie und sah ihn mit leuchtenden Augen an.

In seinem Innern murmelten die Stimmen in dumpfer Verwirrung. Er ahnte dunkel, daß ihre Liebe nicht echt war, nicht aus dem Herzen kam. Sie erinnerte ihn an den Hochzeitstag! Aber hatte sie daran gedacht, als sie in die Gesellschaft gehen wollte? Und er fühlte, wie sein Inneres sich empörte, daß sein Mißtrauen gebrochen werden sollte, daß er sich täuschen ließ, daß er schwach gemacht wurde. Und dennoch konnte er sich nicht wehren. Er zog den Zauber ein, der von ihr ausging, dies süße, einschläfernde, muschelnde Gift, das ihm Willen, Verstand, Befinnung raubte. Er berührte ihren Mund und suchte zusammen, und ließ seine Lippen dennoch darauf ruhen.

Sie zog ihn auf einen Stuhl nieder und presste seinen Kopf gegen ihre weiche Brust, ihn ganz einhüllend in ihre aufgeschloßenen Haare, in die zerfließenden Spitzen ihres Reglitz, die drückten, leuchtenden Nerven über ihn zusammenhängend, wie das Wasser über dem Schiffer zusammenhängt, den eine Rixe in die dunkle Tiefe hinabgezogen hat.

Es wurde dunkler und dunkler. Die Amsel hatte aufgehört zu singen. Die Sonne war längst untergegangen. Ein heller Lichtschein fiel durch die Lücke des Schimmers. Das Abendessen wartete bereits. Zum zweiten Male klopfte der Diener discret an. Endlich standen die beiden auf und setzten sich zu Tisch.

Er sah noch immer ernst und finster aus, in seinen Augen arbeitete ein tiefer Schmerz. Sie ließ die Augen nicht von ihm ab, während sie manchmal mit verhöhlter Stimme ein paar Worte sprach, Erinnerungen an die Ereignisse, die sich vor zwei Jahre an diesem Tage abgespielt hatten.

Nach dem Essen verhielt sie einen Augenblick. Sie huschte zu ihrer Mutter ins Zimmer und flüsterte ihr zu:

„Hab nur keine Angst! Es passiert dir nichts. Ich habe ihn schon herumgeführt. Er ist doch ein guter Kerl.“

Dann ließ sie wieder hinunter.

„Wo warst du?“ fragte er.

Sie lächelte.

„Ich habe nur nachgesehen, ob das Schlafzimmer schon in Ordnung ist.“

Sie legte sich bald zu Bett. Im Mitternacht schlug, hatte Horstmann seiner Frau nicht nur versprochen, daß er die Schulden bezahlen, sondern auch, daß er wegen dieser Sache Frau Regierungsrat niemals Vorwürfe machen würde.

Aber während Anna gesättigt im Gefühl ihres Triumphes eingeschlafen war, lag er ruhelos und harzte mit gerunzelter Stirn gegen das Fenster. Er fühlte sich beleidigt, entehrt, betrogen, irgend eines unersehlichen Gutes beraubt — wie Simson, dem Delila das Haar abgeschnitten. Er grämte sich über seine Schwäche. Er grübelte seinem Weibe, das ihn verführt hatte, wider seine bessere Einsicht zu handeln. Und ein tödlicher Haß schwall in ihm auf gegen die Amsel, an deren Seelenruhe seiner Frau so viel lag, am deren Willen sie ihren Mann betrogen hatte.

Fortsetzung folgt

Bern werden am 1. November 1919 zunächst in Liquidation...
Die bayerischen Handelsabteilungen in Bern und Wien führen ihre Geschäfte bis zur weiteren Bekanntmachung in der bisherigen Weise fort.

Bayerische Ernährungs- und Wirtschaftsjorgen.
Die „Bayerische Staatszeitung“ bringt einen alarmierenden Artikel über die Ernährungs- und Wirtschaftskatastrophe in Bayern, worin es heißt, daß wir der gewaltigsten Katastrophe entgegengehen, welche jemals über ein Land gekommen ist, und daß die Katastrophe schon vor der Tür stehe. Der allige Zusammenbruch erscheine kaum noch abwendbar. In zwölf Stunden könne das Allerschlimmste nur noch verhindert werden, wenn der Gemeinschaftsgebanke von Stadt und Land wieder lebendig werde.

Die Friedensgesellschaft gegen eine Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse.

Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Kassel hat nach heftigen Erörterungen noch eine Entschließung gefaßt, die sich in scharfen Worten gegen die neue Blockade Russlands und gegen jede Einmischung irgend eines Staates in die inneren russischen Verhältnisse wendet. Schließlich wurde ein Antrag der Ortsgruppe Frankfurt a. Main angenommen, die pädagogische Kommission der Friedensgesellschaft auszugestalten und alle Ortsgruppen der Friedensgesellschaft zu veranlassen örtliche Erziehungskommissionen zu bilden, damit diese sich im Landesverband dem „Weltverband für internationale Erziehung“ anschließen und mit ihm gemeinsam arbeiten können. Zum Vorsitzenden ist Professor Quide in München wieder gewählt worden.

Scheiß gegen Ludendorff.

Der Vorwurf Ludendorffs in seinen „Kriegs-Erinnerungen“, der damalige Kriegsminister Scheiß habe sich im Oktober 1918 nicht schuldig vor den Kaiser und das Heer gestellt, ist von Ludendorff nicht zurückgezogen worden, obwohl der frühere Kriegsminister es wiederholt versucht hat, ihn von der Unrichtigkeit des Vorwurfs zu überzeugen. Scheiß veröffentlicht jetzt eine Erklärung, die sich gegen Ludendorffs Vorwürfe wendet. In der Erklärung heißt es zum Schluß, daß er nun gezwungen sei, auf Richtigkeit in der Öffentlichkeit hinzuwirken. Vom Deutschen Offiziersbund wolle er diesen Streit zwischen General Ludendorff und ihm fernhalten; er werde daher den Vorwurf niederlegen.

Gründung eines Bundes der Aftenkämpfer.

In Berlin ist eine Vereinigung ins Leben getreten, die alle jenen deutschen Männer und Frauen zusammenschließen will, die vor und während des Weltkrieges als Soldaten, als Wissenschaftler oder als Kämpfer in nahen und fernen Orient deutschen Wesen und deutsches Wissen verbreiteten. Die Ziele des Bundes der Aftenkämpfer — so nennt sich die Vereinigung — sind neben der Pflege guter Kameradschaft unter den Mitgliedern die Vermittlung allgemeiner Kenntnisse über den Orient zum Nutzen anderer Vaterlandes. Den Vorsitz hat der durch seine Tätigkeit an der Sinaifront und im Kaukasus auch weiteren Kreisen bekannt gewordene Oberst Freiherr von Koch (kurzeit Reichswehrministerium) übernommen. Die Bildung von Bezirksgruppen ist vorgesehen.

Die Ursachen der geringen Arbeitsleistung.

Um die Beschuldigungen nachzuprüfen, die gegen die Eisenbahnarbeiter in den Weststaaten gemacht werden, daß sie nämlich zu wenig leisten, unternahm Oberpräsident Philipp und der Vorsitzende des Breslauer Gewerkschaftsartikels eine Revision der Breslauer Eisenbahnwerkstätten I, II und III. Als Ergebnis wurde folgendes festgestellt: Weniger die Arbeitslust der Arbeiter ist an den geringen Leistungen schuld, als vielmehr die minderwertige Beschaffenheit von Material und Werkzeug, die auf die Arbeitsleistung stark einwirken sowie nicht selten zu einem völligen Versagen der Arbeit führt.

Polen.

Die polnischen Gewerkschaften gegen die polnische Regierung.
Gegen 2000 Delegierte der Berufsverbände der Metallarbeiter, der Mühlenarbeiter, der Schuhmacher, Hutmacher und der ungelerten Arbeiter nahmen folgende Resolution an: „Die Generalversammlung der Delegierten von sechs Gewerkschaftsverbänden, die 90 000 Mitglieder zählen, protestiert gegen die Gewalttaten der Regierung. Sie protestiert gegen die reaktionären Verhote des Arbeitsministeriums, sie protestiert dagegen, daß die Arbeiterinstitutionen ihrer Lokale beraubt werden. Die Versammlung stellt fest, daß es unbedingt notwendig ist, die Reaktion durch einen allgemeinen großen Streik zu verhindern, und daß das Proletariat Polens bereit ist, seine Freiheit zu verteidigen. Die Versammlung stellt ferner fest, daß sie auf Aufforderung des Rates der Gewerkschaftsverbände den Proteststreik der Landarbeiter unterstützt.“

Bolschewistische Agitation.

Von verschiedenen Seiten des Lubliner Landes wird über eine starke bolschewistische Agitation und über die Vorbereitungen nicht nur der Gutsarbeiter, sondern auch der Bauern zur Uebernahme der großen Güter berichtet. In jedem Dorfe wurde ein Komitee gebildet, dem zwei Agenten zugeleitet werden, die über die Ausbreitung der Propaganda wachen sollen.

Frankreich.

Eine Kundgebung gegen die Blockierung Russlands.
Die „Humanité“ hat ihre letzte Sonntagsausgabe ausschließlich einer Kundgebung gegen die Verhängung der Blockade gegen Russland gewidmet. An der Spitze des Blattes befindet sich ein Brief Roman Kollands und eine Erklärung zahlreicher französischer Intellektuellen, die im Namen der Menschlichkeit gegen das Verbrechen protestieren, daß aus rein privaten Interessen gegen das russische Volk verhandelt werden soll.

Für unsere Frauen.

Zur Wiederkehr des 9. November.

Unbestimmt um den Streik, ob der 9. November als Feiertag in Frankreich zu begehen sei, wollen wir uns am Gedenktage der deutschen Revolution mit ihren Gedanken beschäftigen. Die Möglichkeit ruhiger Einmischung hat Staaten und Völker mehr gegen sich gebracht als gewalttätige Umwälzungen. Das heißt uns ein Vergleich der Geschichte Frankreichs und Englands. Letzteres steht ja noch heute im Begriff, dieselben Fragen wie Deutschland zu lösen, und daß die daraus geführten Kämpfe kein Leben zu vernichten drohen. Aber die Leiden der Völker um bestimmte Ideen, die Lebensfähigkeit gefährden, alles anzuwählen, mit einem Umzug aller Verhältnisse endenden Kämpfe sind es, die andere Völker für neue Gedanken gewinnen und diesen zum Siegeszuge verhelfen. Die im ersten Jahre der deutschen Revolution entstandene neue Reichsverfassung führt uns den demokratischen Staat. Die politische Freiheit und Gleichberechtigung, im ersten Schritt erobert, in den Vollstufen heute selbstverständlich. Sie verlangen, daß durch sie neues entsteht. Das Wort der neuen Verfassung, daß das Volk vom Willen befreit ist, das Recht in Freiheit und Gleichheit zu erheben, und das andere: Die Ordnung des Wirt-

schaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen, formuliert die Schlußsätze weiter. Sie suchen Organisationen zu schaffen, durch die sie selbst zu diesen Zielen gelangen können. Es ist nicht richtig, für alle Kämpfe, die wir im Innern unseres Landes mitemansehen, nur materielle Beweggründe als Ursachen zu suchen. Überall ist der Wunsch fühlbar, herauszukommen aus der Mechanisierung, die der Wirtschaftsprozess gebracht hat, ein neues Staatsbürgerium zu schaffen, das jedem erlaubt, überall wo er tätig ist, auch am Blase seiner Erwerbsarbeit, am Aufbau des Staates, eines Staates der sozialen Gerechtigkeit, mitzuwirken.

Es entspricht nicht der neuen Stellung der Frau, an einem historischen Tage im Leben ihres Volkes nur dessen zu gedenken, was er ihr selbst gebracht. Die neue Staatsbürgerin gedenkt der Zukunft des ganzen Volkes. Für die Frauen ist die politische Freiheit das Mittel, neues zu schaffen für ihr Volk und für sich selbst. Für sich selbst auch darum, weil das neue Staatsbürgerium und die soziale Gerechtigkeit nicht wahr und lebensfähig sind, wenn sie nur der einen Hälfte des Volkes haltmachen.

Wir wollen die deutsche Revolution nicht als einen abgeschlossenen Prozeß ansehen, sondern als die Zeit, in der wir beginnen, unser Vaterland im Sinne einer sozialen Gemeinschaft aufzubauen.

Soziale Rechtsprechung.

Eine angebotene Lohnhöhung ist rechtsverbindlich! Eine Kriegsgefangene hatte im Oktober durch allgemeinen Anschlag eine Lohnhöhung der bei ihr beschäftigten Arbeiterschaft befohlen gegeben, und zwar sollte diese rückwirkend von Oktober bis Mai im Betrage von monatlich 10 Mk. gezahlt werden. Die klagende Gewerbegehilfin, die am 1. Oktober auswich, sollte nun bei dem Bezug der nachträglichen Lohnzulage unberücksichtigt bleiben, weil sie die Stellung auf Grund eigener Kündigung verließ. Das Gewerbegericht entschied zugunsten der Klägerin. Der Ausgang am schwarzen Brett machte die Lohnzulage, einerlei, ob sie in diesem Falle nachträglich erfolge für alle Lohnbezieher verbindlich. Es besteht keine Verfallsfrist, daß Angehörige in geändriger Stellung an allgemeinen Lohnzulagen nicht mehr teilnehmen. — Das Gericht entschied im gleichen Falle noch die grundsätzliche Frage der Zuständigkeit des Gewerbegerichtes gegenüber der Kriegsgefangenschaft. Diese hatte den Einwand erhoben, daß sie nur gemeinnützige Zwecke verfolgen und daher keine Zuständigkeit des Gewerbegerichtes vorliege. Das Gericht entschied auch hier gegen die Beklagte. Sie sei eine G. m. b. H. und gelte daher kraft Gesetzes ohne Rücksicht auf die von ihr verfolgten Ziele als Handelsgesellschaft. Mitin als Kaufmann und Gewerbebetreiber und unterliege deshalb auch der Rechtsprechung des Gewerbegerichtes bei Streitigkeiten mit ihren Gewerbegehilfen, soweit diese aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die schiedsgerichtlichen Verhandlungen im Berliner Metallarbeiterstreik. Vom Schiedsgericht im Metallarbeiterstreik wird mitgeteilt: Die Beratungen der vertragsstehenden Parteien der Metallarbeiter und der Metallindustriellen und die Parteiverhandlungen vor dem Schiedsgericht schreiten gut voran. Es ist bereits gelungen, den größten und wichtigsten Teil der einzeln zu klassifizierenden Arbeiterkategorien in die Lohnklassen einzureihen, dagegen haben aber die unmittelbaren Beipredungen der Parteien über die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit leider noch zu keinem Ergebnis geführt.

Reich und Ausland.

Ein Sicherheitspolizist ermordet. Aus Berlin wird gemeldet: Dienstag morgen gegen 4 Uhr teilte ein Straßenbahner einer Patrouille von Polizeiwachmännern mit, daß vor dem Haupteingang Allee 33 ein toter Soldat auf dem Bürgersteig liege. Die Beamten eilten hin und stellten fest, daß der Mann einen Schuß quer durch den Kopf erhalten hatte. Der Tote wurde als der Unterfeldwebel Otto Hermann, 28 Jahre alt, festgestellt. Ermittlungen ergaben, daß eine Viertelstunde vor dem Schuß und dem Auffinden der Leiche 5 Männer aus dem Haus herausgekommen waren. Auf die Ermittlung des Täters sind 3000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Todesurteil. Das Volksgericht der Reichswehrbrigade 32 in Rastow verurteilte den 25 Jahre alten Witzfeldmörder Oskar Beck, gebürtig aus Mülhausen in Thüringen, wegen Raubmordes, Raubes und Minderberaubung, begangen in Oberschlesien, zum Tode und 15 Jahren Zuchthaus.

Brand einer Kohlenhalde. Die weiter bedeutende Zunahme der oberirdischen Kohlenhalde hat zu einem neuen Brand einer großen Halde geführt. Es handelt sich um die Vorräte der Ferdinand-Grube bei Beuthen, die seit drei Tagen brennen. Am Sonntag kamen die Flammen zum offenen Durchbruch. Geht es nicht, der Brand zu erlöchen, so besteht die Gefahr, daß die ganze Halde dem Brand zum Opfer fällt.

Angestrichene Silbergeschmelze. Die Kriminalpolizei in Leipzig entdeckte eine im Betriebe befindliche Silbergeschmelze, worin nachweislich kurz vor der Entdeckung korbartige Silbermünzen eingeschmolzen worden waren. Es wurden 8 Silberbarren im Gewicht von 120 Pfund und deutsches Silbergeld im Gewicht von 86 Pfund beschlagnahmt. Sämtliche beteiligten Personen wurden verhaftet.

Verhaftung einer Fälschungsbande. In Wien wurde eine Bande verhaftet, die falsche Dollarmoten im Werte von 5 Millionen Kronen in Druckereien herstellen lassen wollte, um aus der herrschenden Salutanot für ihre Zwecke Nutzen zu ziehen.

Vermischtes.

Der Takt des Flegels. Matthias Claudius, der „Wandsbeler Bote“, besuchte während seines Aufenthaltes in Thüringen einmal eine Dorfstraße, in der eine Meise mit Flegeln angegriffen wurde. Er wunderte sich über die Taktlosigkeit der Meise, die alle Bauern waren, und hat den Schulmeister, die Orgel spielen zu dürfen. Nun bot er alles auf, um die Wirtschatten aus dem Takt zu bringen. Aber die Bauern blieben nun noch aufmerksamer auf ihre Noten und spielten nur bisweilen mit einem verächtlichen Lächeln nach dem Orgelspieler. Als alles vorüber war, fragte Claudius einen alten Mann, der die erste Violine gespielt hatte, wie sie es fertig gebracht hätten, so taktlos zu werden. „Durch das Dreizehn“, antwortete der Alte. „Wenn zwei dreizehn, geht es im Dreizehnerstück, unter Dreien im Dreizehner, oder Dreizehnerstück, unter Vierem im Dreizehner, unter Sechsen im Dreizehner, oder Sechszehnerstück, und wenn auch einmal“, fügte er mit einem anzüglichen Lächeln hinzu, „ein Flegel nicht richtig einfällt, so lassen wir uns doch nicht irre machen.“

Gesundheitspflege.

Zwölf Gebote gegen Erkältung. Mit Eintritt der kältesten Jahreszeit broden auch wieder die zahlreichen Erkältungskrankheiten, unter denen Influenza und Grippe die gefährlichsten sind. Zum Schutze seien die folgenden zwölf Gebote in die Erinnerung gerufen, die ein englischer Arzt ausgearbeitet hat. 1. Setze Deinen Mund geschloffen und atme durch die Nase. 2. Is ordentlich zum Frühstück und esse niemals mit leerem Magen aus. 3. Trage warme Kleidung, die aber leicht sein soll. 4. Sei so viel als möglich in freier Luft. 5. Vermeide Ermüdung, denn ein ermüdetes Körper ist der Infektion leichter zugänglich. 6. Lasse Deine Räume ordentlich, aber nicht im Zug, zu leicht gelüftet.

Räumen ist jede Aufregung sehr viel leichter. 7. Komme nicht mit Personen in nähere Berührung, die erkrankt sind oder Influenza haben. 8. Setze dich in der Bahn nie einer Person gegenüber, die hustet; wenn es unvermeidlich ist, halte die Zeitung vor. 9. Nimm Dir die Zähne regelmäßig mit einem gut antiseptischen Mittel. 10. Wenn Du erkrankt bist oder Influenza hast, konstatiere den Zustand und bleibe zu Hause, bist Du gesund bist; es wird für Dich und für Deine Freunde besser sein. 11. Sorge dafür, daß Deine Taschenflügel abgedichtet werden, und ebenso alle Gläser, Teller, Löffel und Gabeln, die Du benutzt. 12. Wenn Du in Anwesenheit anderer Leute hustest, dann halte ein Taschentuch vor Nase und Mund.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Fußball-Wettpiel. Im vergangenen Sonntag hatte der Arbeiter-Turnverein Rüditz Besuch aus Odesloe. Die erste Mannschaft der Odesloer wolle ein Fußball-Wettpiel gegen die Rüditzer erste Mannschaft ausfechten. Das Spiel begann um 5 Minuten vorpünktig. Gleich bei Anstoß war eine kleine Ueberlegenheit der Rüditzer zu spüren; und konnten sie auch das erste Tor erzielen. Kurze Zeit später kann Odesloe ausgleichen. Halbzeit 1:1. Nach Halbzeit drängt Odesloe kurze Zeit, doch dann kommt Rüditz immer mehr auf und — abgesehen von einigen Durchwürfen — kommt Odesloe nicht aus der Spielhälfte heraus. Trotzdem fällt kein Tor. Hauptächlich der linke Verteidiger der Odesloer vermag jeden Erfolg zu verhindern. In der 80. Minute erzielt Odesloe sogar ein Tor durch Verschulden des rechten Rückers und Verteidigers, die beide den Ball verfehlten. Nun legt Rüditz alles daran und kann in den letzten 5 Minuten durch 2 Tore den Sieg an sich reißen.

Eingegangene Druckschriften.

Gedenkschriften zur Revolution. Die Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ läßt schon eine Schrift von Friedrich Stampfer erscheinen: „Der 9. November.“ — Gedenkschriften zu seiner ersten Niederkehr.“ Die zweieinhalb Bogen starke Schrift gibt eine lebendige Darstellung der dramatischen Vorgänge die zum Sturz des Deutschen Kaiserreiches führten und enthält viel neues Material zu ihrem genaueren Verständnis. Das Ereignis des 9. November wird in seinen geschichtlichen Zusammenhängen und in seiner Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats grundlegend beleuchtet. Ein Ausblick auf die späteren Ereignisse, die Gefährdung der Revolutionsergebnisse durch die inneren Kämpfe der Arbeiterbewegung, beschließt die Schrift. Der Preis beträgt 1 Mark.

Sturm und Drang der Revolution ist der Titel einer zweiten Broschüre, welche die Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ zum ersten Jahrestage der Revolution herausbringt. In ihr wird der Beweis geführt, daß die sozialdemokratische Partei nicht untätig die Revolution abgewartet hat, um sich dann an ihre Spitze zu stellen, sondern daß sie die Revolution kommen sah und seit dem Oktober tatkräftig förderte. Schon damals hat sie die Abdankung Wilhelms II. und das Ende der Monarchie verlangt. Das wird durch den Abdruck von Artikeln der sozialdemokratischen Presse nachgewiesen, die sich auch heute noch durch Frische und revolutionären Glanz auszeichnen. Auch werden bedeutsame Aktenstücke zur Vorgeschichte der Revolution in Erinnerung gebracht. Die Schrift hat Dolf Braun verfaßt. — Alle hier angezeigten Schriften können durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ bezogen werden.

Hanfburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht, erstattet im Auftrage der Exekutivkommission des Arbeiterrats Groß-Hamburgs von Paul Neumann. Enthaltend: Auszüge aus den stenographischen Protokollen, Verordnungen und Bekanntmachungen nebst Abbildungen. Preis 4 Mk. (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg 36, Fehlandstraße 11.)

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der „Publikum“ gegenüber keinerlei Verantwortung.)

In rechtsstehenden Zeitungen wird viel Aufhebens von den „faulen Arbeitslosen“ gemacht. Daß aber nicht der zehnte Teil von dem wahr ist, was da geschrieben wird, zeigt folgender Fall, der verdient, der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden: Ich bin Steinmetz und würde wegen Mangel an Arbeit am 24. Oktober arbeitslos. Da ich nun in meinem Beruf keine Arbeit erhalten konnte, sprach ich bei der Güterverwaltung der Lübeck-Büchener Bahn vor und wurde zu meiner großen Freude auch eingestellt. Aber die Freude dauerte nicht lange. Ich mußte zum Vertrauensarzt der Eisenbahn, Herrn Dr. Heddinga am Gehilfenplatz, um mich untersuchen zu lassen. Der Arzt war mit meinem Gesundheitszustand nicht zufrieden. Er meinte, daß ich die schwere Arbeit nicht machen könne. Ich erwiderte ihm, daß auch meine Arbeit im Beruf nicht leicht sei, sobald ich die Güterbodenarbeit wohl würde leisten können, die nordem, während mir Männer im Felde wären, Frauen gemacht hätten. Der Arzt sagte mir, daß er als Vertrauensarzt auf den Befundzettel die Wahrheit schreiben müsse. Ich ging nun schweren Herzens mit dem Zettel, der verschlossen in einem Briefumschlag steckte, nach der Güterverwaltung zurück. Dort angekommen, wurde mir der Befund gegeben, daß ich selbst nicht eingestellt werden könnte, weil ich krank sei. Nun hätte ich auch nichts dagegen einzubringen, wenn ich Vermögen hätte; ich würde mich gerne in das Bett legen, um gesund zu werden. Aber die bittere Not treibt mich dazu, arbeiten zu müssen. Ich bin 41 Jahre alt und Vater von vier unvorzogen Kindern. Ich bin wegen Lungentranstheit, Nervenleiden, Anämie, Albuminurie und sehr starken Krampfadern aus 2½jähriger französischer Gefangenschaft ausgelassen worden. Meine wirtschaftlichen Verhältnisse sind sehr zerrüttet. Niemand hilft mir. Überall werde ich als „nicht zuständig“ abgewiesen. Rentenansprüche habe ich schon am 31. März 1918 gestellt, aber ohne daß ich bis jetzt etwas erreicht hätte. Auf diese Weise werde ich wohl mit meiner Familie zugrunde gehen müssen.

Unhaltbare Zustände bei der Firma Ewers & Sohn in Siems.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Ewers & Sohn belamen vor längerer Zeit von einer auswärtigen Firma ein Angebot in Lebensmitteln. Selbstverständlich wurden von sämtlichen Arbeitern sowie Arbeiterinnen Lebensmittel bestellt. Am Freitag vorwoziger Woche kamen die bestellten Waren an, und durften die Arbeiter genannter Firma doch auch mit Recht erwarten, daß diese Lebensmittel alsbald von der Firma unter die Arbeiter verteilt werden würden. Doch nichts von allem! Es wurde weder eine Verteilung vorgenommen, noch sonst welche Anstalten getroffen. Erst nach einer Woche wurde den Arbeitern durch den Arbeiterauschuß bekannt gegeben, daß der Betriebsleiter sich weigere, einen Mann zum Abwiegen zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich gerieten hierüber die Arbeiter in große Erregung, die leicht Weiterungen hätte herbeiführen können. Dank der Besonnenheit der Arbeiter wurden jedoch größere Ausschritte vermieden. Unverständlich ist es nur, daß der Betriebsleiter die Erlaubnis unterlagte, während, wie bekannt wurde, die Firma selbst keinerlei Anwendungen gegen eine Verteilung erhob. Erst nach heftigen Auseinandersetzungen im Arbeiterauschuß gab der Betriebsleiter seine Erlaubnis mit dem Bemerkten, daß er, falls die Arbeiter abermals Waren bestellen sollten, solche nicht wieder in die Fabrik hineingelassen würde, auch keinen Raum zur Verteilung zur Verfügung stellen werde. Der Herr Betriebsleiter scheint sich nicht bemüht zu sein, welche Folgen seine herausfordernde Haltung nach sich ziehen kann. Im Interesse der Firma wäre es sehr erwünscht, wenn die Inhaber derselben einmal ein energisches Wort mit ihrem Betriebsleiter wegen dieses Mißstandes reden wollten; sie würden sich dadurch in Zukunft vor Unannehmlichkeiten schützen. Einer für alle